

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK ANFANG 1959

Auch im vergangenen Jahr befand sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in einem *Prozeß der Anpassung* an eine normale wirtschaftliche Entwicklung. Die Umstellung nach dem vorausgegangenen stürmischen Wiederaufbau kommt sowohl in einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums als auch in außerordentlich unterschiedlichen Veränderungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen zum Ausdruck. Branchen mit hohen Zuwachsraten stehen andere mit stagnierendem oder sogar zurückgehendem Geschäftsgang gegenüber. Wie das Wirtschaftswissenschaftliche Institut (WWI) der Gewerkschaften in seinem neuesten Konjunkturbericht ausführt, erreichte in der westdeutschen Industrie im abgelaufenen Jahr nur etwa ein Viertel eine gleich große Produktionszunahme wie im Jahr vorher, ein weiteres Viertel ist Rückschlägen ausgesetzt gewesen, und der übrige Teil stagnierte. Der Anpassungsprozeß wurde erschwert durch konjunkturelle Abschwächungen und sogar Depressionen in den USA und den westeuropäischen Ländern, die zu Absatzschwierigkeiten und einer verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten sowie zu einer verstärkten Einfuhr ausländischer Fertigwaren führten.

Das (abgeschwächte) wirtschaftliche Wachstum wurde in den letzten Monaten in erster Linie von den *Investitionen* gefördert, wobei

die Investitionsfreudigkeit der in Sonderkonjunkturen befindlichen Bereiche sich stärker auswirkte als die zurückgegangene Investitionsbereitschaft der konjunkturell schwachen Wirtschaftszweige. Auch die Außenwirtschaft wirkte sich weiterhin konjunkturbelebend aus, wenn auch nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher. Vom Verbrauch gingen dagegen keine Anregungen für ein stärkeres Wachstum aus, da bei einer gegenüber dem Vorjahr langsameren, etwa dem Sozialproduktszuwachs entsprechenden Zunahme der Masseneinkommen (netto) zudem mehr gespart wurde; der Bestand an Spareinlagen erhöhte sich 1958 um rund ein Fünftel. Schließlich übten die öffentlichen Haushalte insgesamt eine bremsende Wirkung aus; sie entzogen dem Einkommenskreislauf mehr Kaufkraft, als sie ihm wieder zuführten. Im ganzen ist indessen die wirtschaftliche Entwicklung im abgelaufenen Jahr erfolgreicher verlaufen, als noch in der ersten Jahreshälfte angenommen werden konnte. Allerdings ist es an der Zeit, daß die Vollbeschäftigung nicht mehr Zufallsergebnis einer im ganzen günstigen Wirtschaftsentwicklung ist, sondern daß sie *Ziel einer aktiver werdenden Wirtschaftspolitik* wird. Dann wäre sogar damit zu rechnen, daß sich die wenn auch geringfügige Erhöhung des Wachstumstempos von 2,5 vH im ersten Halbjahr 1958 auf reichlich 3 vH im zweiten Halbjahr 1958 im neuen Jahr fortsetzt¹⁾.

*

Insgesamt nahm das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik im Jahr 1958 real — d. h. zu den Preisen des Vorjahres — um knapp 3 vH

1) Diese und die folgenden Angaben über die Sozialproduktsentwicklung im Jahre 1958 sind dem Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 9. Januar 1959 entnommen.

zu gegenüber 5 vH im Jahre 1957, 6 vH im Jahre 1956 und sogar 12 vH im Boom-Jahr 1955. Die Zuwachsrate von 3 vH ist mit einer um etwa 1,3 vH gestiegenen Beschäftigtenzahl erreicht worden. Die Leistung je Beschäftigten wäre demnach nur noch wenig, um rund 1,5 vH, gestiegen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit je Beschäftigten 1,5 vH betrug, so daß sich immerhin eine Steigerung der Produktionsleistung je Arbeitsstunde von fast 3 vH ergibt. In der Industrie ist das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde, die sogenannte *industrielle Arbeitsproduktivität*, in den ersten 9 Monaten 1958, für die bisher erst Ergebnisse vorliegen, sogar um 5 vH gestiegen.

Obwohl der *Preisanstieg* im letzten Halbjahr nur noch geringfügig war, betrug er doch für das ganze Jahr 1958 im Vergleich zu 1957 etwa 3 vH. Die Preiserhöhungen haben dazu geführt, daß das Bruttosozialprodukt im Jahre 1958 nominal — d. h. in jeweiligen Preisen — um 6 vH von 209,6 Mrd. DM auf rund 222,2 Mrd. DM zunahm. Bei einer näheren Betrachtung der nominellen Rechnung fällt das überdurchschnittliche Wachstum der Dienstleistungsbereiche auf. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung betrug die nominale Zuwachsrate dieser Bereiche sogar 7,5 vH gegenüber einer Zunahme von knapp 5 vH bei den Güter erzeugenden Wirtschaftsbereichen. Mehr als die Hälfte der Sozialproduktssteigerung — 6,4 Mrd. DM von 12,6 Mrd. DM — entfiel auf die Dienstleistungsbereiche, obwohl ihr Anteil an der Entstehung des Sozialprodukts 1957 noch nicht einmal ganz 40 vH betrug.

Das Hervortreten der „tertiären“ Bereiche der Dienstleistungen, das übrigens gerade in der hochentwickelten Wirtschaft der Vereinigten Staaten am stärksten zu beobachten ist, macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar: Vom September 1957 zum September 1958 war die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche um 2,1 vH gestiegen, die der Dienstleistungsbereiche aber um 3,6 vH — im Handel, Geld- und Versicherungswesen sogar um 5,2 vH. Demgegenüber war im Bergbau eine Abnahme um 0,4 vH und in der Landwirtschaft und Tierzucht um 6,5 vH zu verzeichnen. Diese gegenläufigen Tendenzen sind — abgesehen vom Bergbau — nach einer im letzten Konjunkturbericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Heft 4/1958) gegebenen Übersicht schon seit Jahren zu verfolgen.

*

Im Jahresdurchschnitt ist die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer, wie bereits erwähnt, um 1,3 vH auf rund 18,9 Mill. angestiegen. Es hat den Anschein, als sei *das Arbeitsmarktpotential nunmehr nahezu ausge-*

schöpft. Auch die sogenannte „unsichtbare Arbeitskraftreserve“ (Hausfrauen, Flüchtlinge und sonstige Zugewanderte) dürfte nicht mehr erheblich sein. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung schätzt in seinem Wochenbericht Nr. 1/2 d. J., daß von den neuen Arbeitskräften über zwei Drittel im Laufe des Jahres aus Mitteldeutschland, den Ostgebieten und Berlin zugewandert sind. Wahrscheinlich wird sich jedoch der Strom der Flüchtlinge und sonstigen Zugewanderten in diesem Jahr verringern. Das Wachstum unserer Wirtschaft wird infolgedessen nur noch in sehr geringem Ausmaß von einer Steigerung des Arbeitsvolumens getragen werden können, sondern in erster Linie von einer weiteren Rationalisierung und deren Erfolg abhängen.

Die Zahl der *Arbeitslosen* im Bundesgebiet (ohne Saarland), die ihren Jahrestiefstand mit 328 000 Ende September erreichte (Arbeitslosenquote von 1,7 vH), stieg allerdings bis zum Jahresende wieder beträchtlich an. Allein im Dezember wurden 505 000 neue Arbeitslose gezählt, so daß sich am Jahresende eine Arbeitslosenzahl von über 931 000 Personen ergab; die Arbeitslosenquote stieg dadurch auf 4,7 vH. Bemerkenswert ist, daß sich unter den arbeitslosen Männern 354 000 befanden, die Ende Oktober noch im Baugewerbe beschäftigt waren. Das sind allein 72 vH der Zunahme an männlichen Arbeitslosen in den Monaten November und Dezember. Mit Recht erklärte hierzu der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, *Anton Sabel*, daß sich diese Entwicklung aus dem Witterungsverlauf und der Auftragslage im Baugewerbe nicht erklären lasse, sondern daß es sich um die Fortführung der „schlechten Tradition der üblichen Winterpause“ handele. Nach seiner Ansicht sei die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter um mindestens 150 000 zu hoch.

Das ist um so bedauerlicher, als gerade die *Bautätigkeit* in den letzten Monaten eine der nicht sehr zahlreichen Konjunkturstützen gewesen war und es vom Auftragsbestand und den Finanzierungsmöglichkeiten her auch weiterhin bleiben könnte. Nach einem Rückgang um 14,2 vH im ersten Vj. 1958 und noch um 2, vH im 2. Vj. stieg das — preisbereinigte — Bauvolumen im Vergleich zu den gleichen Vorjahrszeiträumen um 5,6 vH im 3. Vj. und um 6,9 vH im letzten Vj. 1958 an. Noch im November war die Produktion im Rohhochbau und im Tiefbau um 10,1 vH höher als im Vorjahr. Auch die Zahl der Baugenehmigungen für Hochbauten hatte ungewöhnlich stark zugenommen, nämlich von Oktober 1957 auf Oktober 1958 um rund 21 vH. Ein hoher Mittelüberhang bei öffentlichen Bauvorhaben, erhebliche zwar zugeteilte, aber kurz vor Jahresende noch nicht ausgezahlte öffentliche Mittel für den Wohnungsbau sowie ein relativ

großes Kapitalmarktangebot zu Zinssätzen, die für westdeutsche Nachkriegsverhältnisse niedrig sind — der durchschnittliche Kapitalmarktzens sank binnen Jahresfrist von 7,5 vH auf 5,5 vH —, schaffen denkbar günstige finanzielle Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung einer lebhaften Bautätigkeit.

Allerdings muß es dazu im erheblich größeren Umfang als bisher gelingen, auch im Winter bei Frost zu bauen. Bautechnisch ist das Problem des Winterbaues befriedigend gelöst, wie die starke Winterbautätigkeit in dem gegenüber der Bundesrepublik kälteren Schweden und auch Versuchsbauten bei uns gezeigt haben. Allerdings erhöhen sich die Baukosten, wenn bei Frost gebaut wird. Versuchsbauten in Schleswig-Holstein haben eine Verteuerung der Gesamtbaukosten um 2 bis 6 vH ergeben. Das Ifo-Institut, das sich eingehend mit der Frage des Winterbaues befaßt und offenbar einen noch größeren Kreis von Versuchsbauten ausgewertet hat, nennt Mehrkostensätze von nur 1 bis 3 vH²⁾. Den Mehrkosten stehen erhebliche Vorteile gegenüber: Eine gleichmäßigere Beschäftigung in einem Bereich, der noch jahrelang eine konjunkturelle Antriebskraft sein kann, dadurch mindestens eine Verminderung der Spannungen auf dem Baumarkt in der Hochsaison mit der Folge, daß Preisauftriebstendenzen weitgehend vermieden werden können, und schließlich für die öffentliche Hand eine Senkung der Mittel für die Arbeitslosenunterstützungen — nach Berechnungen des Ifo-Instituts betragen allein die Unterstüztungen an arbeitslose Bauarbeiter im Winter 1957/58 450 Mill. DM. Aus all diesen Gründen dürfte eine *staatliche Subventionierung des Winterbaues*, z. B. in Form von Winterbauprämien an die Baufirmen, gerechtfertigt sein. Die Bauarbeiter, die dann bei Frostgraden auf dem Bau arbeiten müssen und für die die Unternehmer bei einer gleichmäßigen, auf das ganze Jahr verteilten Beschäftigung Überstundenzuschläge im Sommer einsparen, sollten bei der Gewährung finanzieller Anreize aber nicht vergessen werden. Ein Gelingen des Winterbaues setzt allerdings eine *längerfristige Bauplanung* und Vorbereitung geeigneter Objekte voraus. Das ist jedoch bisher trotz rechtzeitiger Mahnungen, insbesondere der IG Bau, nur in unzureichendem Maße geschehen. Infolgedessen muß für die Monate Januar und Februar ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit und ein empfindlicher Rückgang der Bautätigkeit befürchtet werden.

Welche Bedeutung der Bautätigkeit für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung zukommt, geht aus einer Untersuchung des Ifo-Instituts hervor, nach der jeder siebente Beschäftigte in der Bundesrepublik entweder in der Bauwirtschaft beschäftigt ist oder von ihr abhängt²⁾.

2) Wirtschaftskonjunktur, Berichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, H. 4/1958, S. 19 S.

Im Jahre 1957 waren z. B. im Kohlenbergbau 5,4 vH, in der eisenschaffenden Industrie 11,4 vH, in den Gießereien 15,3 vH und in der Holzverarbeitenden Industrie 21,7 vH der Beschäftigten für Lieferungen an die Bauwirtschaft tätig. Deshalb ist es im Interesse einer weiterhin günstigen Entwicklung zu wünschen, daß die Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungs- und Straßenbau nicht vermindert, sondern eher noch erhöht wird. Vor allzu kühnen Plänen einer „Überführung der Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft“, wie sie in letzter Zeit von verschiedenen Stellen, darunter Mitte Januar auch von Wohnungsbauminister Lücke, vorgelegt wurden, kann nur gewarnt werden. Das Ifo-Institut hat kürzlich überzeugend nachgewiesen, daß das Wohnungsdefizit amtlicherseits viel zu niedrig eingeschätzt wird. Nach seiner Ansicht ist selbst in 10 Jahren noch nicht mit einem Gleichgewicht auf dem Wohnungsmarkt zu rechnen.

Neben der Bauwirtschaft war die *Investitionsgüterindustrie* ein Träger der Konjunktur, jedoch nicht in dem Umfang, wie es allzu optimistische Betrachtungen wahrhaben wollen und wie es möglich und wünschenswert wäre. Die verminderte Kapazitätsausnutzung in weiten Bereichen hemmte erklärlicherweise die Investitionsfreudigkeit beträchtlich. Immerhin belebten sich aber Produktion und Auftragseingang in der Investitionsgüterindustrie in den letzten Monaten; die geringe Produktionszuwachsrate des Jahres 1957 konnte 1958 überschritten werden. Nach Berechnungen des WWI, in Heft 1/1959 seiner Mitteilungen, bei denen die Produktionsentwicklung der langlebigen Verbrauchsgüter (z. B. Pkw., Fernsehapparate, Haushaltsmaschinen) aus dem Produktionsindex der Investitionsgüterindustrie herausgenommen wurden, stieg dieser bereinigte Index 1958 um rund 5 vH gegenüber fast 3 vH im Jahre 1957 an und im Durchschnitt der drei Monate September bis November 1958 um über 6 vH. Für den Auftragseingang liegt leider kein Index vor, der von den Aufträgen an langlebigen Verbrauchsgütern bereinigt ist. Insgesamt erfreute sich die Investitionsgüterindustrie in den letzten Monaten eines wieder steigenden Auftragseinganges; er war dem Volumen nach im September um 9,9 vH und im Oktober um 10,7 vH höher als in den gleichen Vorjahrsmonaten. Aus den allerdings nicht preisbereinigten Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums geht hervor, daß auch die Investitionsgüterindustrie im engeren Sinne, wie z. B. der Maschinenbau, an dieser Entwicklung beteiligt war. Bemerkenswert ist, daß überdurchschnittliche Inlandsaufträge einen Rückgang des Auftragseinganges aus dem Ausland kompensieren.

Wie für die Investitionsgüterindustrie, so ist für die gesamte Industrie zu berücksichtigen, daß sich hinter den Durchschnittszahlen sehr

unterschiedliche Entwicklungen verbergen. Nach Angaben des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 9. Januar 1959) „ergaben sich für die ersten drei Vierteljahre 1958 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit Produktionsveränderungen, die zwischen + 23 vH und — 21 vH variieren“.

*

Auf der Schattenseite der Konjunktur ist nach wie vor der *Kohlenbergbau* zu finden. Die Kohlenhalden sind inzwischen auf mehr als 13,5 Mill. t angestiegen, obwohl bis Ende 1958 etwa 2,6 Mill. Feierschichten eingelegt wurden, was einem Produktionsausfall von ungefähr 4 Mill. t entspricht. Der rückläufige Kohlenverbrauch, der zusammen mit der verstärkten Einfuhr von US-Kohle zu der gegenwärtigen Kohlenabsatzkrise geführt hat, ist sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingt. Die konjunkturelle Komponente besteht u. a. darin, daß sich die Verbraucher in den Zeiten der Kohlenknappheit eingedeckt haben und jetzt zurückhaltender beim Einkauf sind. Die Bestände bei den Verbrauchern (außer den privaten Haushalten) werden auf weitere 13 Mill. t geschätzt. Strukturell ergeben sich die Schwierigkeiten im Kohlenabsatz aus dem seit 1952 stetigen Rückgang des „spezifischen Kohleverbrauchs“ (Verbrauchs je Produktionseinheit) infolge einer besseren energie- und wärmetechnischen Ausnutzung der Kohle und einer immer stärker werdenden Ersetzung der Kohle durch Heizöl. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat eine jährliche Durchschnittsrate des Rückgangs seit 1952 von 4,6 vH errechnet³). Die hierdurch entstehenden Kohleersparungen können durch den Mehrverbrauch, der sich aus dem jährlichen Sozialproduktionszuwachs ergibt, bei der gegenwärtigen niedrigen Wachstumsrate nicht mehr wettgemacht werden. In den ersten neun Monaten 1958 nahm der Verbrauch an festen Brennstoffen um rund 8 vH ab, während z. B. der Heizölverbrauch der Industrie um rund 40 vH anstieg. Für 1959 wird mit einer Erhöhung des Heizölverbrauchs von rund 7,8 Mill. Tonnen im Jahre 1958 auf rund 10 Mill. t gerechnet, das entspricht mehr als 14 Mill. t Steinkohle.

Bezeichnend für die amtliche Wirtschaftspolitik ist die Tatsache, daß zwar eine Reihe von Maßnahmen gegen die Absatzkrise erörtert werden, daß aber — abgesehen von einer Angleichung der Umsatzsteuer-Belastung des Heizöls an die der Kohle — noch keine wirksame Abhilfe geschaffen wurde⁴). Geplant ist bisher ein *privatwirtschaftliches Kohle-Ölkartell*,

durch das die Preise für schweres Heizöl festgehalten und die Werbung von neuen Verbrauchern für schweres Heizöl im Jahre 1959 verhindert werden soll. Außerdem wollen sich die Kohlenimporteure darum bemühen, Kohleneinfuhrverträge durch Zahlung von Ablösungsbeträgen — in Höhe von 15 bis 30 DM je Tonne — rückgängig zu machen und andere auf einen längeren Zeitraum auszudehnen; zum Teil sollen hierbei bereits Erfolge erzielt worden sein. Aufträge der Bundesbahn und der Bundeswehr sollen den Verbrauch erhöhen. Die genannten Vorschläge sind jedoch entweder nur ein Tropfen auf den heißen Stein oder sie wirken sich, wenn überhaupt, erst langfristig aus. Kurzfristig könnte die Krise dagegen durch *die von der IG Bergbau geforderte Einführung der 5-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich* behoben werden. Zur Lösung der langfristigen Strukturprobleme sollte darüber hinaus endlich mit der Einsetzung eines Energiewirtschaftsrates sowie mit einer *langfristig planenden und koordinierenden Energiewirtschaftspolitik* Ernst gemacht werden.

Etwas zuversichtlicher kann *die eisenschaffende Industrie* in die Zukunft blicken. Im November 1958 erreichte die Eisen- und Stahlherzeugung nur 82,8 vH des Vorjahresstandes; dennoch bahnt sich eine Normalisierung an. Es ist damit zu rechnen, daß der Abbau der Lagerbestände an Walzwerkserzeugnissen bei den Produzenten, den Weiterverarbeitern und dem Handel im Laufe des Jahres 1959 beendet und damit die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten beseitigt wird. Die Nachfrage wird dann wieder dem weiterhin langsam ansteigenden Stahlverbrauch entsprechen. Eine weitere Belebung ist auch von einem zusätzlichen 500-Mill.-DM-Auftragsprogramm der Bundesbahn zu erwarten. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn sich als Folge einer langsamen konjunkturellen Erholung in den großen westlichen Industriestaaten sowie im Zusammenhang mit den Erhöhungen der Quoten bei der Weltbank und beim Weltwährungsfonds die Auslandsaufträge, insbesondere aus den wirtschaftlichen Entwicklungsländern, erhöhen würden. Gerade bei Lieferungen in diese Länder kann die Bundesregierung zudem durch Finanzhilfe und Bürgschaftsübernahmen nicht nur einen außerordentlich wichtigen politischen Beitrag leisten, sondern zugleich auch die konjunkturelle Erholung in der Stahlindustrie — und nicht nur dort — beschleunigen.

Auch die Absatzflaute der *Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrien* hält noch an. Im November 1958 war z. B. die Textilherzeugung um 5,6 vH und die Schuhproduktion

die zweifellos die Einfuhren erheblich drosseln wird, wengleich sie allein auch nicht zur Behebung der Krise ausreichend ist. Mit Wirkung vom 16. Februar ab soll ein Kohleneinfuhrzoll in Höhe von 20 DM je Tonne eingeführt werden. Lediglich Kontingente in Höhe von 4,25 Mill. t sollen zollfrei bleiben. 1958 betrug die Kohleneinfuhr fast 13 Mill. t.

3) Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, H. 4/1958, S. 46 ff.

4) Erst nachdem die Kohlenkrise bereits mehr als ein dreiviertel Jahr andauert; hat sich die Bundesregierung Ende Januar — nicht zuletzt unter dem Druck der Bergarbeiter — zu einer Maßnahme entschlossen,

um 10,7 vH gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zurückgegangen. Der Auftragsrückgang war ebenfalls beträchtlich; im Oktober 1958 betrug er im Jahresvergleich z. B. in der Textilindustrie wertmäßig 14,5 vH und in der Schuhindustrie sogar 18,9 vH. Demgegenüber ist der Verbrauch insbesondere an Bekleidung mir geringfügig zurückgegangen. Diese auf den ersten Blick erstaunliche Entwicklung ist teilweise ebenfalls auf den Abbau hoher Lagerbestände zurückzuführen, so daß insoweit mit einer Entlastung nach vollzogenem Lagerabbau gerechnet werden kann. Die Schwierigkeiten werden indessen durch eine erhebliche Zunahme der Einfuhr an bestimmten Textilsorten und an Schuhwaren verschärft, wobei es sich nunmehr ungünstig bemerkbar macht, daß nicht wenige Unternehmer in den Zeiten der Hochkonjunktur nur auf Produktionserweiterungen und wenig oder gar nicht auf Rationalisierung bedacht waren. Für die Unternehmen, die rechtzeitig und ausreichend rationalisiert haben, besteht dagegen heute durchaus die Möglichkeit, zur Mengenkonzunktur überzugehen und durch Preissenkungen trotz verschärften Wettbewerbs einen zusätzlichen Absatz zu erzielen. Das ist um so bedeutungsvoller, als die beiden wichtigsten währungspolitischen Ereignisse am Jahresende 1958 — die Stabilisierung des französischen Franken und die Einführung der vollen Ausländerkonvertibilität der wichtigsten westeuropäischen Währungen — den internationalen Wettbewerb verstärken werden, und zwar natürlich nicht nur bei Textilien und Schuhen.

Von einer Bedarfssättigung bei Textilien und Schuhen kann jedenfalls trotz der zweifellos stark ins Gewicht fallenden Konkurrenz der langlebigen Verbrauchsgüter (Haushaltsmaschinen, Fernsehapparate, Pkw. usw.) im „Haushaltsplan“ des Letztverbrauchers keine Rede sein. Die starke Mehrnachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern und nach solchen Dienstleistungen, wie z. B. bei Urlaubsreisen, geht oft auf Kosten der Nachfrage nach „klassischen“ Verbrauchsgütern (Textilien, Schuhe) oder zumindest auf Kosten einer sonst möglichen Nachfragesteigerung bei diesen Gütern. Wie stark die Mehrnachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern ist, läßt sich ungefähr am Produktionsindex ablesen. Nach Berechnungen des WWI stieg die Produktion langlebiger Verbrauchsgüter im Jahre 1958 um fast 23 vH. In den ersten zehn Monaten 1958 betrug die Produktionszunahme im Jahresvergleich bei Fernsehgeräten 89 vH, bei elektrischen Kühlschränken 53 vH, bei elektromotorischen Wirtschaftsgeräten — dazu gehören Waschmaschinen — um 16 vH (*Der Volkswirt* vom 20. Dezember 1958). Der Bestand an Personenkraftwagen nahm vom 1. Juli 1957 bis zum 1. Juli 1958 um 19,2 vH zu. Dabei kann diese starke Expansion noch viele Jahre anhalten, da die

Bundesrepublik immer noch im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern oder gar zu den USA einen hohen Nachholbedarf an langlebigen Verbrauchsgütern hat.

Dennoch stellt das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv in seinem *Wirtschaftsdienst* vom Dezember 1958 mit Recht fest, daß die Textilflaute — und für die Absatzschwierigkeiten in der Schuhindustrie gilt dasselbe — „nicht strukturell im eigentlichen Sinne bedingt“ ist. „Strukturell ist vielmehr die Hausse im Absatz dauerhafter Güter verursacht... Die Textilflaute dagegen... ist letztlich konjunkturell verursacht, weil die Einkommenssteigerungen nicht ausreichten, zugleich auch auf diesem Sektor steigende Umsätze zu ermöglichen. Daß es hier sogar zu einem Rückgang kam, ist dem Ausbleiben eines besonderen Auftriebsfaktors, wie es im Vorjahr die Rentenreform war, zuzuschreiben. Von einer wieder verstärkten Einkommenszunahme würden auch die jetzt benachteiligten Verbrauchsgüterkategorien profitieren, nur nicht so stark wie die dauerhaften Güter.“

Hieraus ergibt sich die Forderung nach einer Erhöhung der Verbrauchernachfrage durch eine *Steigerung der Massenkaukraft*. Im vergangenen Jahr war sie offensichtlich nicht stark genug, um von sich aus ein stärkeres Wachstum zu ermöglichen. Das Masseneinkommen, aus dem vier Fünftel des privaten Verbrauchs finanziert werden, stieg 1958 zwar um 6,5 vH an, wobei einer unterdurchschnittlichen Zunahme der Nettolöhne und -gehälter um 6 vH eine Steigerung der Sozialeinkommen um 14 vH gegenüberstand. Wegen der wachsenden Sparneigung nahm der private Verbrauch jedoch nur nominal um 5,5 vH — real um 3 vH — zu und blieb somit hinter dem Sozialproduktzuwachs zurück. Eine Fortsetzung dieses Rückgangs „wäre vom gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkt her nicht gerade erwünscht“, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 9. Januar 1959 feststellt, „weil der Übergang von einer Periode sehr starker Expansion zu einem gemäßigten, aber doch ausgeglichenen Wachstum grundsätzlich eine Strukturwandlung der Verwendung des Sozialprodukts in Richtung einer Vergrößerung der Verbrauchsquote . . . erfordert. Durch ein Zurückbleiben des privaten Verbrauchs im Jahre 1959 würde somit die notwendige Strukturwandlung nur hinausgezögert.“ Das bedeutet, daß eine stärkere *lohnpolitische Aktivität in diesem Jahr mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen einer allgemeinen konjunkturellen Belebung zusammenfallen würde*, zumal durch das ab 1. Januar 1959 wirksame Nachziehen der Renten an die Lohnentwicklung bestenfalls eine der Zuwachsrates des Sozialprodukts entsprechende Zunahme der Sozialeinkommen zu erwarten ist.

Günter Pehl